

Arbeitszeitmodell:

In Hessen ergäbe sich eine Jahresarbeitszeit von 1858 Stunden. Bei Umrechnung auf 38 Unterrichtswochen nach dem Hamburger Modell ergäbe sich eine Wochenarbeitszeit von 49 Stunden. Wird so die "Unterrichtsgarantie" gewährleistet?

Stoppuhr-Pädagogik

Diskussion mit GEW-Vertretern aus
Hamburg, Baden-Württemberg
und Hessen

Hilde-Müller-Haus
02. Juni 2005
19:30 Uhr



Stoppuhr-Pädagogik

Am 2. Juni bietet der Kreisverband Wiesbaden allen Interessierten ein Forum, um die Arbeitszeitmodelle Hamburgs, Baden-Württembergs und Hessens zu diskutieren.

Auf der letzten Sitzung der hessischen Arbeitszeitkommission wurde das vorliegende Modell abgelehnt. Die Vorgabe „Auskömmlichkeit“, also weitere Arbeitszeiterhöhung für einen Teil des Kollegiums zur Reduzierung der Arbeitszeit eines anderen Teils, fand keine Zustimmung. Auch in der sich daran anschließenden Diskussion zeigte sich das gleiche Bild. Als habe er weder die Stellungnahmen gelesen noch die Diskussion mitbekommen, teilte Herr Liese - als vom Kultusministerium eingesetzter Leiter der Kommission - danach mit, dass die Steuerungsgruppe dem Kultusministerium vorschlagen werde, das vorliegende Modell in 15 Schulen - freiwillig - erproben zu lassen. Die Staatlichen Schulämter sollen angesprochen werden, damit sie entsprechende Schulen suchen.

Dieses Vorgehen wirft erneut ein bezeichnendes Licht auf das Demokratieverständnis im Kultusministerium. Die geschlossene Kritik von allen Seiten wird abgebügelt und der Diskurs über sinnvolles Vorgehen wird durch Macht ersetzt. Ein deutlicheres Zeichen von inhaltlicher Schwäche kann es kaum mehr geben! Nicht schweigen sollte man auch über die Ignoranz gegenüber der Arbeit der Kommissionsmitglieder, die durch ein solches Vorgehen schlichtweg mit Füßen getreten wird.

Noch liegt kein Erlass- oder Verordnungsentwurf vor. Aber wir wissen, dass auch dies das Ministerium nicht daran hindern wird, so schnell wie möglich Fakten zu schaffen. Wir sollten in den Schulen frühzeitig für eine Ablehnung dieses Vorhabens sorgen. Wenn sich eure Schule an dieser Erprobung beteiligt, bitten wir euch, den Kreisvorstand umgehend zu informieren.

Impressum: Die Wiesbadener Lehrer- und Lehrerinnenzeitung erscheint mindestens dreimal im Jahr. Herausgeber ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Wiesbaden, Gneisenaustraße 22, 65195 Wiesbaden, Tel./Fax:0611/406670, eMail: gew-wiesbaden@t-online.de; **Redaktion:** Doro Stöver, Ute Harlos, Birgit Bossert, Thomas Eilers, Michael Zeitz; **Auflage:** 1500; Beiträge bitte per E-Mail an: utemas@t-online.de.

Zivilcourage, auch die einer Schulpсихологин, ist immer gefragt

Interview mit der ehemaligen Schulpсихолоgin Rosemarie Portmann

Ich kenne Frau Portmann aus verschiedenen Zusammenhängen. Ich selbst, ratlos im Umgang mit einem schwierigen Schüler, habe sie einmal um Hilfe gebeten. Sie hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass sie Gemeinsames Lernen unterstützt und gegen die Aussonderung von SchülerInnen aus einem System in das nächste ist. In dieser Mission hat sie einige pädagogische Tage an meiner Schule (IGS Kastellstraße) hervorragend unterstützt. Noch besser bekannt war sie durch den Grundschulverband - den Arbeitskreis Grundschule e.V., bei dem sie bis 2003 hessische Landesvorsitzende war. Manche jungen Lehrkräfte lernten sie durch einen Lehrauftrag zur „Leistungsbewertung“ an der Uni Frankfurt kennen. Über Hessen hinaus ist sie durch ihre zahlreichen Veröffentlichungen bekannt, z.B.:

- Modell Ganztagschule
- ADS und Hyperaktivität
- Kinder haben Rechte
- Spiele zum Umgang mit Aggressionen
- Spiele, die stark machen (u.a. im Don Bosco Verlag, München, erschienen)

Weiter war Frau Portmann am SSA Fachberaterin für Suchtprävention, hat die Arbeitsgemeinschaft (einschl. Fortbildung) der BeratungslehrerInnen organisiert und die damit verbundene Verteilung des Mangels an Deputatsstunden. Diese AG war übrigens mit Konzepten zur „rauchfreien Schule“ aus Einsicht und unter Mitwirkung aller Beteiligten längst befasst, ehe sie als Verbot verordnet wurde.

Frau Portmann war und ist es ein zentrales Anliegen die KollegInnen weiterzuqualifizieren, damit sie sich selbst ermächtigen, den schwierigen Schulalltag zu bestehen.

Ihre Pensionierung im vergangenen Jahr war für mich ein Anlass, mit ihr das im Folgenden abgedruckte Gespräch zu führen. Dabei gewann ich immer mehr den Eindruck, dass bestimmte Kompetenzen im Schulamt nicht besonders gefragt sind.

Frage: Frau Portmann, Sie wurden im vergangenen Jahr pensioniert. Auf wie viele Jahre schulpсихologischen Dienst blicken Sie zurück?

Portmann: Ich habe von 1971 bis 2004 im schulpсихologischen Dienst (im Folgenden kurz: SPD) gearbeitet, zunächst mit halber Stelle je an der Theodor-Fliedner-Schule und in einem Modell-

versuch „Beratung in der Schule“. Damals hatten übrigens alle Integrierten Gesamtschulen eine/n Schulpsychologen/in (im Folgenden kurz: SP). 1978 wurden im Zuge der Verwaltungsreform die SP dem Schulamt zugeordnet. Das SSA WI verfügte zunächst über 5, später 4, das SSA RTK über 2 Stellen. Mit der Zusammenlegung der Bezirke waren es zunächst 6 Stellen, nach der Pensionierung einer Kollegin nur noch 5 ½. Die halbe Stelle wurde allerdings nie besetzt, weil andere Ämter angeblich noch schlechter gestellt waren.

Frage: Wie kam es dazu, dass das SSA nunmehr nur noch über 4 Stellen verfügt?

Portmann: Das ist allerdings etwas rätselhaft. Ausgeschrieben war eine Stelle beim Kultusministerium für den Schwerpunkt „Schule und Gesundheit“ als Abordnung für 3 Jahre für eine Lehrkraft. Aufgrund welcher Ausschreibung dann die Schulpsychologin Frau Dr. Zelasny ausgewählt wurde, entzieht sich meiner Kenntnis. Sie nahm aber ihre Stelle aus dem SPD des SSA mit ins HKM. Auf dem kurzen Weg zwischen Europaviertel und Luisenplatz wurde diese Stelle - so sagt man - gleichzeitig auch höher dotiert, erstaunlicherweise ohne das übliche, für alle hessischen SP offene Auswahlverfahren. Dass mit diesem ungewöhnlichen Verfahren für das SSA diese Stelle auf Dauer weg ist, wurde erst nach und nach realisiert. Angeblich wurden andere SSÄ nachträglich aufgefordert, diese Stelle im HKM mitzufinanzieren. Angesichts der hessenweit schlechten Personallage war dazu bisher wohl keines bereit.

Frage: Was „Schule und Gesundheit“ den Lehrkräften vor Ort an Hilfestellungen bietet, kann in wortgewaltigen Flyern nachgelesen werden. Der Vertreter des GPRLL hat sich aus diesem Gremium verabschiedet, weil so brisante Vorgänge wie die Arbeitszeiterhöhung dort nicht zur Kenntnis genommen wurden. Was sagen Sie dazu?

Portmann: Nichts, außer dass mir die Haltung des GPRLL gefallen hat. Denn Zivilcourage ist immer gefragt, auch von SP. So verschärft das neue Schulgesetz z.B. den Druck auf die SchülerInnen. Ein solcher Missstand muss erkannt und benannt werden. SP können behilflich sein die Möglichkeiten, die das System lässt, zu erkennen, bewusst zu machen und auszuschöpfen. Sie können dazu beitragen, dass die innovativen Kräfte und Ansätze sich weiterentwickeln (schulinterne Förderkonzepte für alle SchülerInnen, einen veränderten Schulanfang mit jahrgangsübergreifenden Lerngruppen, eine Schule für alle Kinder u.ä.) - statt immer mehr SchülerInnen zu „Einzelfällen“ zu machen.

Frage: Halten Sie die Relation 4 SP für 130 Schulen, d.h. 1 SP für jeweils 32,5 Schulen, 1000 Lehrkräfte oder 15.700 SchülerInnen in unserem SSA nicht auch für absolut unzureichend?

Portmann: Die Zahlen sprechen für sich. Dennoch sollte die Diskussion um den SPD nicht in erster Linie von der Stellenzahl, sondern von den Tätigkeiten bestimmt werden, die dem Schulerfolg und dem Wohlbefinden der SchülerInnen und damit auch dem der Lehrkräfte dienen und die SP kompetenter als Angehörige anderer Berufsgruppen ausführen können. Derartige „Fall“-Berechnungsgrundlagen zementieren zudem die Festlegung der SP auf sog. „Einzelfall-Arbeit“.

Frage: Es gibt doch aber immer wieder Situationen, in denen Kolleginnen und Eltern völlig ratlos sind.

Portmann: Sicher. Trotzdem ist es unbefriedigend, häufig in Konfliktfällen eine Alibifunktion zu bekommen. Es wird erwartet, dass die Lösung den eigenen Vorstellungen/Alltagstheorien entspricht bzw. die eigene Lösung bestätigt und dass diese dann vom SP den jeweils anderen kommuniziert wird. Nach dem Motto: „Machen Sie doch dem Kind, den Eltern mal klar“ oder „Sagen Sie dem Lehrer doch mal...“.

Frage: Die Bewertung durch eine/n SP ist keine Regelsituation. Da sind auch Ängste im Spiel, plötzlich „nackt“ dazustehen.

Portmann: Hier sind von beiden Seiten vertrauensbildende Maßnahmen notwendig. Nur lassen die sich schwer in der Einzelfall-Arbeit umsetzen, wenn ein Konflikt bereits eskaliert ist. Das Interesse an bzw. die Unterstützung von SP erlischt im Allgemeinen schnell, wenn die eigenen Erwartungen nicht erfüllt werden. Mangelnde Bestätigung der eigenen Meinung führt (auch bei Dienstvorgesetzten) selten dazu, sich verstärkt mit den Kenntnissen, Kompetenzen und Möglichkeiten des SP auseinanderzusetzen, sondern sie oder ihn abzuqualifizieren. Das Einschalten des SP hat ja auch nichts gebracht...

Frage: Viele KollegInnen sehen allein schon in der räumlichen Nähe der SP zum Staatlichen Schulamt die Gefahr, dass es keine klaren Grenzen zwischen Kontrolle seitens des SSA und Beratung seitens des SP gibt. Wie beurteilen Sie diese Nähe?

Portmann: Die Befürchtung geht am Selbstverständnis der SP vorbei. SP haben durch ihre Einbindung ins SSA und die Institution Schule hervorragende Möglichkeiten, zum Wohle der SchülerInnen zu arbeiten - wenn man sie lässt und sie sich trauen. Anders als frei praktizierende Kolleginnen kennen sie das System, dessen Grenzen, aber auch die Möglichkeiten und Chancen. Sie haben Zugang zu allen die Schule betreffenden relevanten, formellen und informellen Informationen.

Frage: Und wie gestaltete sich aus Ihrer Sicht die Zusammenarbeit im SSA?

Portmann: Das Problem ist, dass zunächst bei der Entwicklung von Lösungen/Regelungen im HKM die Kompetenz der SP nicht berücksichtigt bzw. gar nicht erst nachgefragt wird. SP sollen dann aber – evtl. wider besseres Wissen – bei der Umsetzung mitwirken. Die gilt zum Beispiel für:

- die Überweisung an die Sonderschule, aber auch in Sondermaßnahmen für Hochbegabte o.ä., also Separierung statt Stärkung des gemeinsamen Lernens
- das Diagnostizieren von ADS, Legasthenie, Dyskalkulie, um Sonderrechte für einzelne Kinder zu bestätigen, statt einer individuellen und differenzierenden Bewertung und Förderung aller SchülerInnen.

Ich hätte für richtig befunden/mir gewünscht, dass die Dienstvorgesetzten und KollegInnen im HKM und SSA bereit oder vielleicht auch couragiert genug gewesen wären, Beratung zu suchen und zuzulassen. Eine Bereitschaft zur Auseinandersetzung über Inhalte statt über Personen habe ich oft vermisst.

Frage: Wie könnte eine solche sachliche Auseinandersetzung aussehen?

Portmann: Zunächst mal müssten SP nicht nur DezernentInnen genannt, sondern auch als solche anerkannt und mit entsprechenden Aufgaben selbstverantwortlich - nicht nur mit Hilfsaufgaben - betraut werden. Ein aktuelles Beispiel aus der Zeit „nach mir“: Warum z.B. wird die „Modellregion“ zur „Verbesserung der Diagnose- und Förderkompetenz“ von einer SADin und nicht von einer/m SP geleitet? Wo doch – laut Zeitungsbericht nach Aussage der SADin „Lehrkräfte dafür nicht ausgebildet sind“ – sie selbst also auch nicht, die SP aber schon?

Frage: In der Pressemitteilung des HKM vom 18.11.2004 spricht Kultusministerin Karin Wolff davon, dass die Schulpsychologie „mehr denn je unentbehrliche Beratungsinstanz“ sei. Worin hätten/haben Sie ihre Aufgabe gesehen?

Portmann: Ach, das war eine Bemerkung anlässlich des Jubiläums „50 Jahre SPD in Hessen“ – das vermutlich wegen seiner „Unentbehrlichkeit“ unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand oder haben Sie etwas davon bemerkt?

Meine Arbeit war immer dann sinnvoll und effektiv – so wurde es mir auch von SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern rückgemeldet - wenn ich in Schulen einen Lernprozess initiieren oder begleiten und einen systemischen Blick aller Beteiligten auf die schulische Situation vermitteln konnte. Dazu braucht es Zeit, um die Schulen kennen zu lernen und Vertrauen zu schaffen. Fachliche Begleitung und Fortbildung vor

Ort sind deshalb am effektivsten, weil die Probleme, aber auch die Möglichkeiten der einzelnen Schule zum Gegenstand werden und nicht abgehoben wird. Als positiv habe ich auch meine Mitarbeit in innovativen Projekten oder Modellversuchen erlebt. Besonders wichtig ist mir der Modellversuch „Veränderte Schuleingangsstufe“, den ich mit initiiert und jahrelang begleitet habe. Mit einer Schule arbeite ich weiterhin zusammen. Wichtig als Alternative zur Philosophie von Defiziten und Aussortierung war mir meine Mitarbeit im Projekt „Individuelle Lernpläne“ in integrierten Systemen der Sek.I in den letzten beiden Jahren. Kompetenzen und Erfahrungen, die ich dabei gewinnen konnte, wurden bei meinen Dienstvorgesetzten in SSA und HKM allerdings nicht nachgefragt. In keinem Fall waren sie karrierewirksam.

Leider muss man befürchten, dass der Trend zu mehr Anpassung durch die aktuelle Bildungspolitik und veränderte Verwaltungsstrukturen noch verstärkt wird. Ich sehe – ehrlich gesagt – keine großen Chancen für eine wirklich gestaltende und nachhaltige Tätigkeit von SP. Und dann braucht man auch keine weiteren Stellen.

Frage: Noch einmal zurück zu Ihnen, Frau Portmann. Wie sehr Sie sich für eine andere, schülerinnen- und schülergerechtere Schulwirklichkeit engagiert haben, lässt sich Ihren zahlreichen Publikationen entnehmen. Haben Sie mit Ihrer Pensionierung und mit einem auch zornigen Blick zurück alles hinter sich gelassen oder „arbeiten“ sie noch?

Portmann: Dass ich weiterhin mit einer Schule zusammenarbeite, habe ich schon erwähnt. Und bloß weil ich nun 65 bin, habe ich ja nicht aufgehört mir einzubilden, ich hätte etwas zu sagen. Jetzt kann ich über meine Meinung und Zeit frei verfügen. Mein bisheriges „Hobby“, das kritische Hinterfragen, Recherchieren und Schreiben - für das im Rahmen meiner dienstlichen Tätigkeit keine Verwendung bestand - habe ich vom Abend auf den Tag verlegt, muss aber dennoch nicht mehr so früh aufstehen.

Wer sich für aktuelle Konzepte und Texte von mir interessiert, findet sie z.B. unter www.net-part.schule.rlp.de Hier gebe ich unter „Praxistipps“ Handlungsanregungen im Rahmen der Umsetzung des BLK-Modellversuchs „Demokratisch leben und lernen“ in Rheinland-Pfalz. Oder www.yim2005.de Das ist der Internet-Auftritt zum im vergangenen Jahr von Hessen begonnenen Projekt „Jugend in Bewegung“ mit vielen Anregungen und Wettbewerben für Kinder und Jugendliche aller Schulstufen und –formen, mittlerweile auch für Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. (D.Stöver)

Wird uns Bildung beschieden?

Was der freie Wille mit einem lange zurückgehaltenen Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden zu tun hat

Wer kennt das nicht: Ein Schüler ist intelligent, aber faul! Der Schüler ist selbst Schuld an seinem Versagen, er hätte sich auch anders entscheiden und lernen können. Wir glauben oft, dass der Schüler das selbst so gewollt hat. Hat er das wirklich aus freiem Willen getan? Sind wir in unseren Entscheidungen frei, haben wir die freie Auswahl? Hier ist das Leib-Seele-Problem zur Disposition gestellt: Was ist real, was metaphysisch, dämonisch? Wie handelt der Mensch und was bildet er sich ein?

Naturwissenschaftlich begründet bezweifelt die Hirnforschung den freien Willen. Der Mensch stellt sich den freien Willen vor, um sich menschliches Verhalten erklären zu können. In Wirklichkeit laufen kurz vor der vermeintlichen Willensentscheidung im Gehirn blitzschnelle neuronale Prozesse ab. Angeborene und erworbene, im Gehirn abgelegte Informationen leiten, uns unbewusst, unser Handeln.

Erziehung, das sind die Umstände, unter denen sich das Kind seiner Natur entsprechend entwickelt. Man kann ebensowenig auf die Erziehung wie auf die Umstände (zum Beispiel soziales Umfeld, Bildungsangebote, ...) verzichten.

Jeder Mensch entwickelt sich im Rahmen seiner Erbanlagen und unter den Umständen, die ihn umgeben, also im Rahmen seiner Möglichkeiten. Interessant sind die Umstände, die eine Gesellschaft ihren Individuen anbietet und wie sie dem Einzelnen den Zugang zu diesen Angeboten ermöglicht.

Die Stadt Wiesbaden lässt ab und zu von einer Projektgruppe der Verwaltung einen Bericht zur Lebenslage seiner Bürgerinnen und Bürger erarbeiten. Der neueste Bericht, der etwa seit einem halben Jahr vorliegt, vom Magistrat aber noch nicht absegnet wurde, beschäftigt sich mit den Teilhabebedingungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, vor allem auch der Migranten, am Bildungsangebot. An diesem „Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung“ in Wiesbaden haben das Sozialdezernat, das Schuldezernat, das Integrationsamt und das Amt für Statistik mitgearbeitet. Der Bericht kommt, verkürzt dargestellt, zu dem Ergebnis, dass die soziale Herkunft die Bildungsbeteiligung entscheidend bestimmt.

Die Autoren umschreiben den Umstand „Bildungsbeteiligung“ als „Zugang zu formalen Bildungsprozessen und deren Zertifikaten“. Im Besonderen sollen junge Menschen „an Bildungsangeboten insbesondere formaler Bildungseinrichtungen“ teil-

haben, was eine Verbesserung der „Chancen auf eine gelingende Bildungsteilhabe“ voraussetzt.

Der Bericht macht vier Ebenen aus, die die jungen Menschen in ihrer Bildungsbeteiligung angeblich prägen: die individuelle Ebene, die familiäre Ebene, die Ebene des sozialen Umfeldes und die institutionelle Ebene, die als „Zugänglichkeit der Bildungseinrichtungen“ definiert wird.

Als Handlungsschwerpunkte werden die „Elementarbildung“, die „Grundschule und Tagesbetreuung“, und der „Übergang und Besuch weiterführender Schulen“ angeführt. Die Autoren kommen zu einigen wissenschaftlich längst belegten Erkenntnissen. Ihre Schlussfolgerungen bringen nichts Umwälzendes, was angesichts der Misere aber dringend notwendig wäre.

Die Erkenntnis, **„...dass mit der Entscheidung über die weiterführende Schulform bereits die grundlegende Entwicklung der Bildungsbiografie der Kinder vorgezeichnet ist, da spätere Schulformwechsel selten und in der Regel als „Abstiege“ ausgeprägt sind“** und **„...dass integrierte Schul- und Unterrichtsformen tendenziell erfolgreicher sind als unser hierarchisch segmentiertes Schulsystem“** führt leider nicht zu einem konsequenten Handeln im Sinne der Erkenntnisse. Der Fairness halber muss gesagt werden, dass es sich hierbei lediglich um einen Bericht und nicht um ein Aktionsprogramm handelt. Hier sind die Politiker in die Pflicht zu nehmen, sonst bleibt die angestrebte „Verbesserung der Bildungsbeteiligung in Wiesbaden“ ein Flop. Das Bildungsangebot und -umfeld bleibt gegliedert, sortiert weiterhin aus, beschämt und lässt junge Menschen - vor allem Migrantenkinder und hier insbesondere die Jungen - weiter sitzen. Auch das Angebot „Modell Kleistschule“, eine Haupt- und Realschule, schickt seine Schüler ab dem 7. Schuljahr zumindest in den traditionellen „Hauptfächern“ wieder in den Haupt- und Realschulzweig. Die in dem Bericht in Wiesbaden ausgemachte „Bildungsarmut“ wird so weiter zementiert.

Wer Elternwille vergessen kann, nimmt sich der Kinder auch nicht an!

(Volksweisheit)

Nach den Sommerferien wird wieder über 140 Schülerinnen und Schülern der Zugang zum Bildungsangebot einer Integrierten Gesamtschule in Wiesbaden verweigert, einer Schulform, die eindeutig erfolgreicher ist, wenn es darum geht, die Anlagen des Einzelnen wirksam zur Geltung zu bringen oder, wie es bildungspolitisch gerne genannt wird, die Bildungsreserven in der Bevölkerung auszunutzen. (Eilers)

Kaffeesatz und Hunde

Wie sich die CDU im Schulausschuss immer wieder pädagogisch machtvoll entleert

Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den reichsten Nationen der Welt. Einen weiteren Spitzenplatz nimmt sie ein als kinderfeindliches Land. Gründe lassen sich viele anführen. Hunde sind besser dran als Kinder, weil ihnen allenfalls ein Stammbaum aber keine soziale Herkunft angehängt werden kann. Es gibt Hunderassen, das ist eine biologische Gegebenheit. Die soziale Herkunft ist gesellschaftlichen Ursprungs. Zu viele Politiker selektieren Kinder nach ihrer sozialen Herkunft und meinen, das sei natürlich. Damit lehnen sie ihre gesellschaftspolitische Verantwortung ab. Kinder dürfen noch nicht wählen, sind sie es deshalb nicht wert, dass man sich für sie stark macht? Hessen als Bundesland dieser kinderfeindlichen Republik macht da keine Ausnahme. Betrachten wir die hessische Landeshauptstadt und ihre Schulpolitik.

Im Wiesbadener Rathaus bilden die CDU-FDP-Republikaner einen politisch Pakt, wenn es zum Beispiel um Bildungspolitik geht. Sie haben etwas gegen Kinder, die nicht aus geordneten bürgerlichen Verhältnissen stammen und sie verfügen zur Zeit über die Macht, diese Kinder abzuschieben. Zwar hängt diese Macht in Wiesbaden am seidenen Faden, aber es reicht allemal, den eigenen parteipolitischen Nonsense durchzusetzen. Die politische Mehrheit im „Schulausschuss“ demonstriert dies auf jeder Ausschusssitzung, wenn es um die seit Jahren fehlenden Gesamtschulplätze geht.

Bei einer der letzten Anfragen Wiesbadener Eltern, wann denn endlich die Stadt dem Elternwillen nachkommen und die fehlenden Gesamtschulplätze bereitstellen werde, unterbrach die Vorsitzende des Ausschusses, CDU-Frau Rose-Lore Scholz, die Fragesteller genervt. Antwort der Vorsitzenden: „Möchte jemand auf die Frage antworten? (Rundblick) Das ist nicht der Fall!“ Von der angesprochenen Mehrheitsfraktion mochte keiner Stellung nehmen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wies die Dezernentin des Städtischen Schulamtes, Frau Thies, darauf hin, dass in diesem Jahr wieder über 140 Kinder wegen fehlender IGS-Plätze abgewiesen werden mussten. (Die Vorsitzende unterhält sich derweilen mit ihrer Parteigenossin. Zuhören, wenn andere reden, Kinder lernen das bereits im Kindergarten!) Als dann das CDU-Ausschussmitglied Katharina Queck behauptete, dass die bestehenden IGSen weitere Züge aufnehmen müssten und das Problem dann gelöst sei, flüsterte die Vorsitzende, auch für andere

Anwesende unüberhörbar, ihr ins Ohr: „IGS-Kastellstraße!“

Die Ausschussmitglieder hatten im letzten Jahr einen Rundgang durch alle Wiesbadener IGSen gemacht, um noch nicht genutzte Räumlichkeiten für die Aufnahme weiterer Klassen ausfindig zu machen. Sie wurden fündig: Besenkammern, Abstellräume und Dachkammern. Da hinein möchte die CDU 28 Kinder stecken. Niemand würde es wagen auch nur fünf Hunde in einen diese Räume zu sperren.

Frau Thies machte deutlich, dass Erweiterungs- und Umbauten an diesen Schulen europaweit ausgeschrieben werden müssten und das Projekt gut zehn Millionen Euro kosten würde. Frau Scholz fragte die Dezernentin daraufhin: „Haben wir dann auch kein Geld für eine neue IGS?“

Hier schließt sich der Kreis. Seit Jahren gibt es in der Stadt eine große Nachfrage nach IGS-Plätzen. Drei bestehende Schulen wollten sich in eine IGS umwandeln, Millionen Baukosten wären hierfür nicht erforderlich gewesen. Gesamtschulen passen aber nicht in das Gesellschaftsbild der CDU-FDP. Das bekommen die betroffenen Kinder und Eltern zu spüren. Etwa 20 Kinder werden von Wiesbaden an eine Gesamtschule nach Hochheim abgeschoben. Der dortige Schulleiter will aber nicht „den Kaffeesatz der abgelehnten Wiesbadener Schüler“ haben.

Pädagogisch vollkommen entleert treiben CDU und FDP die Bildungsarmut in Wiesbaden weiter voran. Wiesbaden wird zunehmend kinderfeindlicher.

Bedauerlich ist, dass Enja Riegel, Ex-Schulleiterin der IGS Helene-Lange-Schule, in dieser Auseinandersetzung einen Pakt mit der CDU geschlossen und sich mit der „patenten Frau Scholz“ gegen eine weitere öffentliche IGS in Wiesbaden ausgesprochen hat. Nun ja, für manche gilt: Die Zeit macht greis, aber nicht weis⁴. (Eilers)

Ist die Schule eine Scheibe?

**Vergeblicher Versuch, dem
“Dogma der unbefleckten Auslese”
ein Minimum an Rationalität
abzugewinnen - Ein Kommentar von
Karl Heinz Gruber**

Was hat die österreichische Schulpolitik mit der amerikanischen Flat Earth Society gemeinsam? Unglücklicherweise mehr, als für den österreichischen Schulreformdiskurs gut ist. Die Mitglieder der Flat Earth Society glauben, dass die Welt eine Scheibe

ist und bekämpfen die Kugelgestalt der Erde als "Häresie". Viele österreichische Bildungspolitiker bekennen sich zu einer Organisation der Schule der 10- bis 15-Jährigen, die aus dem 19. Jahrhundert stammt, und bekämpfen die Gesamtschule (oder das, was sie für eine Gesamtschule halten). Beiden gemeinsam ist ein problematisches Verhältnis zur modernen Wissenschaft: Der Flat Earth Society sind die Satellitenaufnahmen der Erde aus dem All lästig. Für die Auslese-Befürworter sind internationale Studien wie Pisa ein Ärgernis, ebenso wie die Tatsache, dass so gut wie alle hoch entwickelten Nationen in den letzten 40 Jahren die frühe schulische Auslese abgeschafft und bis zum Ende der Schulpflicht Gesamtschulen eingeführt haben.

Aus: derStandard.at/schule. Zur Person: Karl Heinz Gruber ist Professor für Erziehungswissenschaft an der Uni Wien und zurzeit Mitglied des OECD-Expertenteams, das das norwegische Hochschulsystem evaluiert.



Flat Earth-Mentalität auch im Wiesbadener Rathaus?

Die neue Bildungsqualität: In drei Jahren auf 150 Punkte?

**Wie die Obrigkeit mit einer
Punktesammelverordnung die
Unterrichtsqualität verbessern will**

Am 02.03.2005 fand eine Informationsveranstaltung der GEW Wiesbaden zum neuen Hessischen Lehrerbildungsgesetz statt. Als Referenten konnten wir Joachim Euler gewinnen, dessen Vortrag ich im Folgenden zusammenfassend wiedergeben möchte.

Zunächst verdeutlichte Joachim Euler, dass es sich beim HLbG um Artikel 1 des dritten Gesetzes zur Qualitätssicherung in hessischen Schulen handelt. Dieses sog. Artikelgesetz dokumentiert nach J. Eulers Meinung eine neue Epoche in der hessischen Schulgesetzgebung nach 1945, die er in den Wiederaufbau, die Reformen der 68er und die nun beabsichtigte Marktorientierung und Internationalisierung der Bildungssysteme im EU-Umfeld einteilte.

Um den Überblick zu behalten und die Auswirkungen einzelner Maßnahmen zu begreifen, empfahl J. Euler, sämtliche bestehende und kommende Verordnungen im Zusammenhang mit dem alles bündelnden Qualitätssicherungsgesetz zu betrachten. Was dies konkret im Bereich der Lehrerbildung bedeutet, beschrieb er so:

- HLbG §§ 1 bis 3: Lehrer sind zur Weiterbildung verpflichtet. Die Fortbildungen können von staatlichen Institutionen sowie von freien Trägern angeboten werden. Über die Finanzierung von Seiten des Landes wird keine Aussage getroffen, was nach J. Eulers Auffassung im Umkehrschluss die Vermutung nahe legt, dass die Lehrkräfte künftig nicht nur ihre Zeit, sondern auch noch ihr Geld in die verordnete Fortbildung investieren müssen. Gleichzeitig wird natürlich so ein Markt geschaffen, den die Schulbuchverlage zum Ausgleich der bundesweiten Kürzungen der Schulbuchetats ausgiebig bedienen werden. (Erste Angebote z. B. von Schroedel, ein Wochenende für ca. 300,00 Euro ohne Unterkunft, gibt es schon!)
- HLbG § 4: Die staatlichen Schulämter sind für die Lehrerfortbildung in ihrem Bereich zuständig und nehmen über die Zustimmung zum Schulprogramm Einfluss auf den Fortbildungsplan der Schule.
- HLbG § 66: Die Lehrkräfte führen ein Qualifizierungsportfolio, was auch Bestandteil von Mitarbeitergesprächen ist.

Da zum Zeitpunkt der Veranstaltung die für die Akkreditierung und Bepunktung relevanten Verordnungen nur im Entwurf vorlagen, konnte J. Euler hierzu nur Einschätzungen abgeben. Zwischenzeitlich liegen die entsprechenden UVO's vor, wonach die Schulleitungen (gemäß § 55 UVO) durch Bepunktung für „schulische Tätigkeiten, die Fortbildungsaktivitäten voraussetzen“ erheblichen Einfluss nehmen können. Damit wird die Einschätzung Eulers bestätigt.

Nach seinem Vortrag kam es zu lebhaften Diskussionen insbesondere über die vorhandenen Ressourcen für die Fortbildung bei den Schulämtern und dem IQ, wobei J. Euler dazu riet, sich möglichst zahlreich zu Weiterbildungsmaßnahmen anzumelden um die tatsächlichen Kapazitäten auszutesten.

(M. Bender)

Die Sau wird nicht fatter, wenn man sie jeden Tag wiegt

Wie flächendeckende Orientierungsarbeiten neue Märkte für Schulbuchverlage schaffen

In den dritten Schuljahren sind nun in ganz Hessen die Orientierungsarbeiten geschrieben worden. Das war eine Meldung im Rundfunk wert. Die Kinder kamen am Montag, 25. April mit der offiziellen Information in die Schule: „Heute schreiben alle Kinder aus dem dritten Schuljahr eine Klassenarbeit.“ Eine „Klassenarbeit“, bei der sie konzentriert zeigen sollen, was sie können, die aber nicht benotet wird, die sie auch nicht zurückbekommen und bei der nur die wenigsten Schüler und Schülerinnen alle Aufgaben lösen können. Da kann die Lehrerin oder der Lehrer viele Erklärungsversuche starten, wie sollen die Kinder das verstehen? In den pädagogischen Alltag der Grundschule passt diese Arbeit einfach nicht.

Die SPD-regierten Länder haben eine eigene Form der standardisierten Tests für Grundschüler entwickelt. Es gibt bei den Aufgabenstellungen einen Eigenanteil der Schulen und es gibt die Möglichkeit aus einem Aufgabenpool Testaufgaben auszusuchen. Diese liberalere Form scheint auf den ersten Blick besser praktikabler zu sein. Die Ergebnisse, die jetzt aus den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen vorliegen, ermutigen jedoch nicht. Auch hier wurde ein großer Arbeitsaufwand angeordnet, ohne erkennbaren Nutzen für Kinder oder LehrerInnen. Wenn bei schlechtem Abschneiden einer Schule oder einer Klasse keine Konsequenzen gezogen werden, in Form von zusätzlichen Förderstunden, Geldzuweisungen, Herabsetzen der Klassengröße in den entsprechenden Schulen, ist die ganze „Testerei“ eine Alibi-Veranstaltung, die zeigen soll: „Wir tun viel für die Bildung.“ Die Sau wird aber nicht fatter, wenn man sie jeden Tag wiegt. Die Schulbuchverlage sichern sich derweil die neuen Einnahmequellen.

Die Vergleichsarbeiten der SPD-regierten Länder (VERA genannt) werden von der Universität Koblenz, dem Campus Landau wissenschaftlich begleitet. Die beiden Professoren A.Helmke und I.Hosenfeld stellen ihre Arbeit in dem vom Cornelsen herausgegebenen Heft „Klexer“ Nr. 14 vom Januar 2005 vor. Drei Seiten weiter ist dann die ultimative Werbung zu lesen: „Das neue Angebot: Mit den neuen Vorbereitungsheften Lernstanderhebungen Deutsch und Mathematik für die Klassen 2, 3 und 4 können Sie und Ihre Grundschulkinder den Vergleichsarbeiten gelassen entgegensehen. Un-



sere Lehrwerke berücksichtigen die vorgegebenen Standards und unterstützen Ihre Schülerinnen und Schüler dabei.“ (Klexer Nr. 14 Januar 2005 Seite 11) Die Zusammenarbeit zwischen den wissenschaftlich begleitenden Professoren und dem Verlag, der die entsprechenden Materialien herausbringt, ist wirklich gelungen. (U.Harlos)

TERMINE

- **Fachgruppe Sonderschulen**
Dienstag, 5.7.05, 19.30 Uhr
Comeniuschule
Fortbildung und Arbeitszeitmodell im Hinblick auf unsere Situation an den Sonderschulen und im GU
- **Arbeitszeitmodell**
Diskussionsveranstaltung mit GEW-Vertretern aus Hamburg, Baden-Württemberg und Hessen
Donnerstag, 2.6.05, 19.30 Uhr
Hilde-Müller-Haus
-